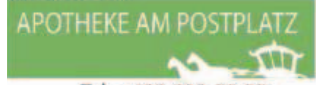


NOTFALLDIENST

präsentiert von:



Tel. +423 233 55 55

Notrufnummern

Polizei: 117

Feuerwehr: 118

Sanitäts-Notruf: 144

Europäischer Notruf: 112

**Ärztlicher
Notfalldienst**

Tel. 230 30 30

**Zahnärztlicher
Notfalldienst**

Samstag, 10. September,
10 bis 12 Uhr:
**Praxisgemeinschaft Dres.
Andreas und Philipp Meier,**
Kirchstrasse 2, Schaan
Tel. 232 17 66

Sonntag, 11. September,
10 bis 12 Uhr:
**Praxisgemeinschaft Dres.
Andreas und Philipp Meier,**
Kirchstrasse 2, Schaan
Tel. 232 17 66

Apothekendienst

Schlossapotheke Vaduz,
Tel. 233 25 30
An Sonn- und Feiertagen
10 bis 11.30 Uhr

Bestattungsdienst

Kintra Triesen,
Tel. 392 37 33

Marxer Anstalt, Bendern,
Tel. 373 12 82

Pannendienst TCS

Tel. 140

Stromversorgung

**Liechtensteinische
Kraftwerke,**
Tel. 236 01 11

**Störungsdienst
Kabelfernsehen**

Telecom Liechtenstein AG,
Tel. 217 51 75

Telekommunikation

Telecom Liechtenstein AG,
Tel. 217 51 75

**Wasserversorgung
Unterland**

Tel. 373 25 25

**Liechtensteiner
Gasversorgung**

Störungsdienst,
Tel. 233 35 55

**Schloss- und
Schlüssel-
notfalldienst**

**AFS-Schlüsseldienst
(24-Stunden-Service),**

Tel. 232 00 07

PARTEIENBÜHNE**Einzig und allein bei den
natürlichen Personen**

Der FBP-Abgeordnete Elfried Hasler und Regierungschef und Finanzminister Adrian Hasler reagierten in der vergangenen Landtagssitzung äusserst dünnhäutig auf den Antrag der Freien Liste, die Mindestertragssteuer auf 2000 Franken zu erhöhen. Vor allem störten sich die FBPlers daran, dass die Aussage der Freien Liste nicht wahr sei, dass der Staatshaushalt einnahmenseitig einzig und allein auf dem Buckel der natürlichen Personen saniert worden ist und nun endlich auch die juristischen Personen über die Mindestertragssteuer an der Reihe wären.

Die Empörung der beiden FBPlers Hasler und Hasler war gross, so sei doch bei den Unternehmen die Pro-rata-Be-steuerung bei der Mindestertragssteuer abgeschafft worden, was 2 Millionen Franken gebracht hätte. Durch die Modifizierung des Eigenkapitalzinsabzuges seien 14 Millionen zusätzlich generiert worden und über die AHV hätten auch die Arbeitgeber mehr zur Sanierung des Staatshaushaltes beigetragen.

Es erstaunt dabei erstens, dass die AHV-Revision nun doch plötzlich auch aus FBP-Sicht zur Sanierung des Staatshaushaltes durchgeführt wurde. Zweitens, dass Hasler und Hasler scheinbar die Geschenke an die Unternehmen durch das neue Steuergesetz vergessen haben. So wurde die Couponsteuer, die jährlich schmerzlose 25 Mio. Franken eingebracht hatte, nicht nur abgeschafft, nein, es wurde auch noch der Satz zur Absteuerung von 4 Prozent auf 2 Prozent gesenkt, wodurch allein schon seit dem Jahr

2010 330 Mio. Franken verloren waren. Jährlich kommen 25 weitere Millionen hinzu.

Durch die Einführung des Eigenkapitalzinsabzuges für Unternehmen werden jährlich zusätzlich geschätzte 100 Mio. Franken an die Unternehmen «verschenkt». Dass durch die kleine Anpassung der Modifizierung des EK-Zinsabzuges wenigstens wieder 14 Mio. von denselben hereinkommen, ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Vor allem, wenn man weiss, dass Unternehmen wie die LKW bei einem Gewinn von 10 Millionen Franken nur gerade die Mindestertragssteuer bezahlen. Es wird von diesen Unternehmen wohl noch einige andere geben.

Die Aussage, dass bis anhin der Staatshaushalt einzig und allein auf dem Buckel der natürlichen Personen und insbesondere dem Mittelstand saniert wurde, ist nicht nur richtig, sondern auch für viele von uns spürbar. Allein durch die Reduktion des Staatsbeitrags an die Krankenkassen bezahlt jede und jeder, egal ob arm oder reich, 900 Franken pro Jahr mehr an Krankenkassenprämien. Die kleinen Geschenke, die durch das neue Steuergesetz an die natürlichen Personen verteilt wurden, wurden rückgängig gemacht; die happigen Geschenke an die juristischen Personen nur zu einem sehr geringen Teil. Wenigstens konnte in der letzten Landtagssitzung nun endlich die Mindestertragssteuer erhöht werden, wenn auch in einem ungenügenden Umfang.

Eine Stellungnahme der
Fraktion der Freien Liste

FORUM**Frauennetz Liechtenstein
empfiehlt ein Ja**

Obwohl im Regierungsprogramm die Förderung von Familie und Beruf definiert ist, hat die Regierung den seit 2010 bestehenden Finanzierungsstopp für neue Kitas nicht aufgehoben. Die Gesetzesvorlage der Regierung (Vernehmlassungsbericht vom Dezember 2015) sowie die Initiative der Wirtschaftskammer wollen diesen Stillstand nun ändern. Auch die Problematik der über die Krankentaggeldversicherung finanzierten Mutterschaftstaggelder, die in der KVG-Revision nicht aufgenommen wurde, soll gleichzeitig gelöst werden.

In der Diskussion um die Initiative fällt leider auf, dass Themen vermischt und falsch dargestellt werden. Die FAK-Beiträge, werden fast zu 97 Prozent von den Arbeitgebern und zu 3 Prozent von Selbstständigen sowie Nichterwerbstätigen bezahlt, was schon immer so geregelt war. Dieses Geld kommt alle Familien zugute. Die Finanzierung des Mutterschaftstaggeldes über die FAK kommt nicht nur Arbeitgebern, sondern auch Arbeitnehmenden zugute. Die Krankentaggeldprämien werden sinken, da das Mutterschaftstaggeld nicht mehr von den Versicherungen ausbezahlt wird. Davon profitieren die Arbeitnehmenden, denn sie bezahlen 50 Prozent der Prämien. Ausserdem steigert es die Chancen für Frauen auf dem Arbeitsmarkt, da sie nicht mehr als Risiko dafür betrachtet wer-

den, dass sich wegen einer Schwangerschaft die Prämie erhöht. Selbstständig erwerbstätige Frauen können heute freiwillig eine Krankengeldversicherung abschliessen, welche bei Mutterschaft Taggelder ausbezahlt. Für sie muss es nach Annahme der Initiative die Möglichkeit geben, Taggeld von der FAK zu bekommen. In der Initiative fehlt die Finanzierung für die ausserhäusliche Betreuung bei Tagesmüttern.

Um eine Ungleichbehandlung zwischen Kitas und Tagesmüttern zu vermeiden, müsste hier eine Regelung getroffen werden. Wird die Vorlage abgelehnt, würde der unbefriedigende Zustand andauern. Niemandem wäre geholfen! Im Gegenteil. Es würde argumentiert, die Stimmberechtigten wollten, dass die Kitas weiterhin Privatsache sind. Wird die Initiative jedoch angenommen, kann, wie die Wirtschaftskammer selber sagt, das Angebot erweitert werden. Ein Nein zur Initiative würde einen weiteren Stillstand in der Familienpolitik bedeuten. Auch wenn einzelne Themen nicht abgedeckt sind oder die konkrete gesetzliche Ausformulierung noch offen ist, ist die Initiative ein wichtiger Schritt für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Deshalb empfiehlt das Frauennetz Liechtenstein ein Ja.

Eine Stellungnahme von Christina
Zimmer, Frauennetz Liechtenstein

LESERBRIEFE**Schrecklich -
und hoffnungsvoll**

Kürzlich las ich den Artikel «Religionen und Terrorismus» von L. Boff. Ich erinnere mich gut an seinen ansteckend begeisterten Vortrag über die Kirche vor etwa 40 Jahren in Rom. Dass er später zum Schweigen verurteilt wurde, machte mich traurig; seine Freundschaft mit Papst Franziskus freut mich. Wer Welt- und Kirchengeschichte kennt, weiss, dass Boff recht hat: «Religion liegt den schwersten Konflikten zugrunde, denn Religionen sind Ehrensache jeder Kultur. Sie projizieren ihre Träume ... vermitteln den Sinn des Lebens.» Unsere moderne Kultur fände einen Ersatz für Religion in der Vergötzung der Vernunft, des Fortschritts, des Geldes ... Die Frucht davon sei eine richtungslose Menschheit, meint Boff. Das meinte wohl Nietzsche mit seinem «Gott ist tot». Aber Gott kann nicht sterben und auch nicht abdanken! «Wenn wir Frieden wollen», sagt Boff, «müssen wir die spirituelle Dimension des Lebens, die die Quelle jeder Religion ist, neu entdecken und leben! Wenn sich Religionen in Machtspiele verwickeln, werden sie krank.» Beweise dieser Krankheit seien Fundamentalismus und Terrorismus, ihre Ursache die «Verweltlichung». Und die Heilung? Sicher nicht der Halbmond des Atheisten in Appenzell! Laut Boff: Gastfreundschaft, Dialog, Toleranz ... «Keine Religion kann ... die Urquelle aller Wesen – Gott – erklären; dann wäre Gott ein Teil der Welt, ein Idol.» Aber Gott ist Vater aller Menschen und Schöpfer aller Dinge, des Universums. Glaube an Gott ist nicht altmodisch, aber wir müssen ihn kennen und leben! Und das mit Freude

wie unser Papst! Guten Erfolg!
Sr. Alma Pia, ASC

Nein zur Initiative!

Ich setze mich für die traditionelle Familie ein – und zwar unabhängig davon, ob diese wahlberechtigt ist oder nicht. Es geht mir darum, dass selbsterziehende und selbstbetreuende Mütter und Väter finanziell gerecht behandelt werden. Ich bin dagegen, dass die moderneren Familien insgesamt mehr Unterstützung erhalten sollen als wir. Wenn schon Kita-Förderung, dann sollen die Alleinerziehenden und die Familien profitieren, die wirklich darauf angewiesen sind. Ich will Gelder so gerecht und so effektiv verteilt wissen wie möglich. Zur Vermeidung von unkontrolliertem Reservenabbau wäre es notwendig gewesen, Obergrenzen zu definieren. Ohne entsprechende Zusatzeinnahmen von den Arbeitgebern/der Wirtschaft soll die FAK bei den bisherigen Leistungen bleiben. Bitte stimmen auch Sie Nein!
Isolde Hermann-Jehle
Im Bartledura 21, Schaan

Nein zur Initiative!

Falls die Kita-Finanzierung aus der FAK erfolgt, dann wird früher oder später das Geld in der Kasse fehlen. Entweder werden dann die Beiträge erhöht oder die Leistungen gekürzt. Viele Familien leisten sich das traditionelle Familienmodell für sich selbst und schlussendlich zum Wohle der ganzen Gesellschaft. Ich hoffe, dass sich die Familien auch langfristig über ein grosszügiges Kindergeld freuen dürfen und so eine einigermaßen freie Wahl des gewünschten Familienmodells haben. Deshalb stimme ich klar mit Nein zur Initiative.
Petra Wille
Im Zweistäpfe 26b, Balzers

**Weinfest
in Jenins**

JENINS. An diesem Wochenende findet in Jenins das alljährliche Weinfest statt. Um 11 Uhr startet der Festbetrieb mit offenen Torkeln, Restauration mit Spezialitäten, Rösslipost und Streichelzoo. Gleichzeitig beginnt auch der Handwerkermarkt und die Vergleichsdegustation von Jeninser Weinen.

Für Unterhaltung sorgt das Rumpelstilzchen-Theater auf dem Schulhausplatz, das Spass für die ganze Familie verspricht. Ein exklusives Event wird die Weinglasverkostung mit der Sommelière Jessica Steinkeller. Dabei ist die Teilnehmerzahl jedoch begrenzt. Interessierte können sich per Mail informieren und anmelden.

Zwischen 18 und 19 Uhr treten in der Kirche Jenins die Aca-voce – The Vocal Sextett auf. Die Sänger aus Domat/Ems bilden eine A-cappella-Gruppe, die grösstenteils bestehende Lieder neu arrangiert und präsentiert. Der Sonntag startet um 10 Uhr mit dem Gottesdienst in der Kirche Jenins, ab 11 Uhr ist wie am Samstag der gesamte Festbetrieb wieder im Gange. (pd)

Weitere Informationen findet man unter www.weinfest-jenins.ch, info@weinfest-jenins.ch

baustelleninfo
AMT FÜR BAU UND INFRASTRUKTUR
FÜRSTENTUM LIECHTENSTEIN

**Landstrasse Triesen Balzers
Umbau Querung Säga**

Das Land Liechtenstein beginnt am 12. September 2016 mit dem Umbau der Fussgängerquerung Säga an der Landstrasse Triesen-Balzers. Die Bauarbeiten werden voraussichtlich bis Ende Oktober 2016 dauern. Während den Herbstferien wird die Sägastrasse gesperrt und die Bushaltestelle «Säga» ist aufgehoben. Die Bushaltestelle Säga ist für die Primarschulkinder dieses Gebietes der tägliche Schulweg. Das Land und die Gemeinde Triesen haben zusammen mit der Beratungsstelle für Unfallverhütung bfu die Fussgängerquerung an dieser vielbefahrenen Strasse untersucht. Verschiedene Massnahmen zur Optimierung und Erhöhung der Sicherheit werden im Zuge der Bauarbeiten umgesetzt. Die Bauherren werden auch die beteiligten Unternehmen sind bemüht, die Arbeiten so zügig wie möglich auszuführen.

Für Ihr Verständnis bedanken wir uns im Voraus.

AMT FÜR BAU UND
INFRASTRUKTUR
www.abi.llv.li

IHK
St. Gallen
Appenzell

www.ihk.ch
Hans Alther, Präsident Industrieverein AR

2xNEIN
**NEIN zur Initiative
Grüne Wirtschaft**
NEIN zur AHV-Initiative

Eine Stellungnahme der Infra,
Informations- und Beratungsstelle
für Frauen